

Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1282.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Schr. Arnold, Dresden.

Preis: Einzelheft 1,20 M., 3 Hefte 3,60 M., 6 Hefte 7,20 M., 12 Hefte 14,40 M., 1/4 Jahr 42,00 M., 1/2 Jahr 84,00 M., 1 Jahr 168,00 M.

Druck: 10.200 Exemplare, wovon 5.000 für den Vertrieb.

Anzeigen: 1. Spalte 100, 2. Spalte 75, 3. Spalte 50, 4. Spalte 25 pro Zeile pro Tag.

Nr. 45

Dresden, Mittwoch den 22. Februar 1922

33. Jahrg.

Bierclique und Beamtenpolitik

Der Kampf um die Schule

Von Otto Schille

In der Presse wird eine Notiz des Sächsischen Zeitungsdienstes folgendermaßen wiedergegeben: Der Oberregierungssekretär Köthe nach seiner Beförderung zum Verwaltungsdirektor im Reichsanwaltschaftsamt in Weimar (nach anderer Meldung, als Landesverwalter) ins Ministerium des Innern berufen und der bisherige Verwaltungsdirektor verlegt worden sei. Es wird ferner behauptet, Köthe sei zum Leiter jener Dienststelle ernannt worden, in der die Personalaffachen der mittleren und unteren Beamten bearbeitet werden; indes Dr. Kempe die Angelegenheiten der höheren Beamten bearbeite. Aus der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird das Folgende mitgeteilt:

Sämtliche Behauptungen sind unrichtig. Verwaltungsdirektor Köthe war bereits in Oberrhein vor seiner Versetzung nach Dresden, nämlich seit dem 30. September 1921, Verwaltungsdirektor. Er löst nicht aus Anlass seiner Versetzung nach Dresden, sondern aus dem Grunde, daß er nach seiner Beförderung zum Verwaltungsdirektor in Weimar die Leitung der dortigen Dienststelle übernahm. Köthe ist überdies nicht als leitende Stellung, sondern als beratender Beamter in eine von mehreren Personalabteilungen des Ministeriums des Innern versetzt worden. Die Angelegenheiten der höheren Beamten werden ebenso wie die der mittleren und unteren Beamten nicht von Dr. Kempe, sondern nach wie vor seit Jahren von Ministerialrat Dr. Jand bearbeitet.

Er lobt schon lange. Er wird aber erst mit aller Bestimmtheit entbrennen nach Veröffentlichung des Reichsschulgesetzes. Der liegt jetzt dem Reichstag vor. Wie ein Unwetter bedroht er die eine deutsche Volkskammer und will sie in Trümmern legen. Verdrängt hat der Entwurf bisher niemand. Der Deutsche Lehrerverein lehnt ihn einmütig ab. Im Reichslagesrat will man zunächst mit dem Berichtigungs-Entwurf nicht viel anzufangen. Die Linke verläßt mit Recht die Weltanschauungsschule und bedankt sich für das Jugendschicksal m. Arbeitern, Monisten, Freidenkern, Sekteuren usw. Die Aristokraten, Großkapitalisten, Schwerindustriellen und Junker auf der rechten Seite verlangen mit dem Zentrum noch mehr Rechte für „ihre“ Bekenntnisschule. In der Mitte macht sich das Bestreben geltend, die Gemeinschaftsschule des Entwurfs als Simultanschule — Durchwegung des gesamten Unterrichts mit weltlichem Geiste — zu deuten. Dr. Seyfert bemüht sich um die Erhaltung der reinen Gemeinschaftsschule; weltlichschulischen Unterricht unbefruchtet vom Religionsunterricht. Die Freunde der Volkseinheit und Volksgemeinschaft, die pädagogisch Klarstehenden, stehen zur weltlichen Schule. Die Meinungen sind also geteilt. In eine Einigung ist nicht zu denken. Wie wird der Reichstag entscheiden? Die Aussichten auf Erhaltung der alten Schulen sind denkbar ungünstig. Wir können uns nicht überlegen, also müssen wir uns dusden. Das wird die Lösung sein. Man wird also schließlich dem Entwurf zustimmen — wenn nicht in letzter Stunde der Reichstag die ungeheure Gefahr für das Volksschulwesen erkennt!

Wenn sich im übrigen der Sächsische Zeitungsdienst mit seiner Notiz dagegen wendet, daß ein Beamter in ein höheres Amt berufen wurde, weil er Sozialdemokrat ist, so möchten wir betonen, daß wir solche Verschiebungen und Personalveränderungen für die selbstverständliche Pflicht der Regierung halten. Insbesondere die über die Politik der akademischen Bluts- und Bierfamilien hat von der Claqueurwirtschaft in oberen Beamtenkreisen mehr enthüllt als man in der Öffentlichkeit bisher mitteilen wollte. Man hätte erwarten können, daß die bürgerliche Presse mit diesen Enthüllungen auseinanderlegen würde, aber sie schweigt davor. Der Dresdener Anzeiger begnügt sich damit, zu bemängeln, daß Köthe keine Behauptungen, die der Zugehörigkeit zu akademischen Bluts- und Bierfamilien bei Personalveränderungen maßgebend gelten, nicht genügend belegt habe. Wahrscheinlich wollte das Amtsblatt mit diesem inhaltlich schäblichen, im Umfang langen Kommentar den sehr knappen Bericht ergänzen, den es über Köthes Weichen brachte. Für den Fall, daß es den Verteidigern der unter dem alten System üblichen Beamtenpolitik der Bluts- und Bierfamilien an Material zur Auseinandersetzung fehlt, möchten wir noch einiges beisteuern:

Gerade darum, das die Pflicht aller republikanischen Gesinnten, republikanische Beamtenvereinigungen ebenso zu unterstützen wie die Demokratisierungsbestrebungen der Regierung. Es wird unserer Ansicht nach allerhöchste Zeit, daß vor allem die Bearbeitung der Personalfragen endlich aus reaktionären Händen genommen und in zuverlässige demokratische Hände gelegt wird. Eine Republik, die dazu den Mut und die Kraft nicht hat, gräbt sich selbst das Grab und verdient den Untergang. Wir möchten den monarchistischen Staat alten Stils sehen, der die wichtigsten Kenner der Staatsleitung in die Hände von Leuten gelegt hätte, die innere Gegner des Staatssystems waren!

ist der Entwurf Gesetz geworden, dann haben die „Erziehungsberechtigten“ das Wort! Dann kann sich jeder „seiner“ Schule anschließen. Und „seiner“ Lehrer dazu. Nicht die Beruflichkeit entscheidet, sondern die Frage: Wie hältst du es mit der Religion?, die man nach der Reichsreformung keinem Staatsbürger vorlegen darf — nur dem Lehrer. Der ist das von früher her so gewöhnt. Vorgesandter war er Küster, Diener der Kirche. Man „wählt“ also seine Schule. Das ist demokratisch. Dieses „Wort“ wird aber zu einer für die Gesamtheit gefährlichen Waffe in den Händen derer, die Ständesinteressen, Parteipolitik und Personalfragen über Gemeinschaftsinteressen und Sonderzwecke verfolgen. „Religions- und politische Bildung der Jugend ist an sich ein ehrenwerter Zweck, aber ich fürchte, daß hinter diesem Kuschelgedächtnisse andrer Ziele politischer und hierarchischer Richtung verbergt werden.“ (Wismar, Gedanken und Erinnerungen, 3. Band.) Wismar konnte keine Leute. Er fand ihnen politisch ja so nahe. Es sind dieselben Kreise, die heute in Wort und Schrift eifrig bemüht sind, die Bekenntnisschule zum Siege zu führen; die sich „christlich“ nennen und zumeist nur „kirchlich“ sind, denen immer wieder gesagt werden muß, daß Religion und Konfession durchaus nicht dasselbe sind, ebensowenig wie Christentum und Lutherkirche, wie Glaube und Dogma, wie Religion und Religions-Unterricht. Diesen Kreisen ist es gleichgültig, ob das deutsche Schulwesen in Trümmern zerfällt. Wenn sie nur ihre konfessionelle Ständeschule haben. Denn das ist die Bekenntnisschule zweifelloser! Bürgerrechte im Geiste des alten Absolutismus — nur unter anderer Firma, eine Schule zur Wahrung kirchlicher und eigener Ständesinteressen, eine Schule, die die Kinder der sogenannten „besseren“ Stände sehr scharf trennt von den Kindern der breiten Volksmassen, die sich aber trotzdem „soziale Einheitschule“ nennt.

An der Leipziger Universität hat sich von alters her eine Vereinigung entwickelt, auf die die Leipziger Zeeite Presse hinweist und der vor allem viele untere abtügen Beamten angehören. Sie hat ihren Namen von der Gastwirtschaft Waarmann. Dieser Vereinigung der Waarmann-Kneipe gehört als alter Herr auch der ehemalige König Friedrich August an, weshalb den Angehörigen der landständlichen Adelstammlin die Zugehörigkeit zu dieser Vereinigung sehr beliebt war, die die Zugehörigkeit zu den Korps, die Dipinski nannte. Die Dipinkis, Kneipe, Kirchhofs, Schön-

Das wir hier sagen, gilt nicht nur für Sachsen. Es gilt auch fürs Reich. Denn wie sich die von Dipinski genannten Bluts- und Bierfamilien nicht nur auf Sachsen, sondern auf ganze Reich ausdehnen, so erstreckt sich diese feudaltourgeonische Claqueurwirtschaft auch auf ganze Reich. Darum ist es wünschenswert, daß das Vorgehen Dipinski auch bei den anderen Regierungen Nachahmung findet.

Warum befriedigt die Kirche nicht die Ansprüche an religiöse (nicht konfessionelle) Erziehung durch Übernahme des Religionsunterrichts und gibt so der Volksschule die Bahn frei zur gemeinschaftlichen Erziehung der gesamten deutschen Jugend im Geiste der Toleranz und der Gemeinschaftlichkeit? Nur so kann das deutsche Volk dereinst zu Frieden und Einheit gelangen. — Einheit? Wir lassen uns nicht von der suggestiven Gewalt, mit der jedeszeit der Wahnd der Einheit (Sper. v. Ver.) die Menschheit beirrt hat, zu falschen Zielen drängen. (1) Auch die Kirche ist in den Schritten ein beliebtes Mittel. Darum muß unser junges Geschlecht wieder im Innersten vor dem heiligen Gott erbeben. Die evangelische Schule stellt das Kind ... jeden Tag im Morgengebete unter die höchste Autorität, unter die offenen Augen Gottes. — Und worauf Ernst Nitschke zum Gebet? (Ebenfalls zu lesen in den betreffenden Schriften): „Es ist töricht, wenn Eltern glauben ... sie erst beten zu lassen, wenn die Kinder begreifen können, was sie beten; es wird dies bis zu einem gewissen Alter fast nie der Fall sein. Der Begriff andächtigen Betens bei einem guten Kinde bezieht sich darauf, langsam das Gebet heranzuführen, und es erfüllt damit alles, was man von ihm fordern kann. ... Erbeben“ sollen die Kinder vor Gott. Man weiß, was gemeint ist. Vorwiegend, ungeschulter Kinder sollen erkennen: „Ich arme, elender, sündhafter Mensch ...“ der sich verlorne und verdamnte Menschen erlöset hat.“ Ist erwachsenen Menschen im reifen Alter diese Geisteslehre Bedürfnis, nur auf, das kann man verstehen! Aber Kinder? Schaut doch einmal in die unerschulden Augen eurer Kinder, ihr Väter und Mütter! Da ist nichts zu lesen von Sündenbewusstsein und Erlösungsbedürfnis! Aber die Bekenntnisschule wird es den Kindern schon beibringen! Oder glaubt man, daß sie auf die Geisteslehre verzichten wird und kann? Auf dieses konfessionelle Fundament? Nein! — Und wie sieht es mit der Willenshaftigkeit in der Bekenntnisschule? Ihre Vertreter behaupten, daß Bibel und Christentum, Aufbruch und Fortschritt sehr wohl vor der Schärften, unvoreingenommenen, wissenschaftlichen Prüfung bestehen. Wenn man das

Berschleierte Koalitionspolitik

Die Hauptkräfte, die uns von den Unabhängigen immer wieder vorgeworfen wird, ist unsere Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien. Vergebens weisen wir darauf hin, daß im Augenblick eine reine Arbeiterregierung nicht erreichbar ist, daß bei unsern Ausscheiden aus der Koalition eine bürgerliche, auf die Rechtsparteien gestützte Regierung ausbrüche käme, was gerade im Interesse der Arbeiterklasse unter allen Umständen vermieden werden muß. Alle unsere Gründe wurden als nicht stichhaltig verächtlich beiseite geschoben. Die Abstimmung im Reichstag für und gegen Wirtz wird aber auch dem, der es noch nicht wußte, die Augen darüber geöffnet haben, daß die Unabhängigen „heimlich, still und leise“ die gleiche Koalitionspolitik machen, die wir offen betreiben. Mit dem weiteren Unterchied, daß wir in die Regierung hineingehen und dort einen entsprechenden Einfluß ausüben, während die Unabhängigen selbst auf diesen Einfluß durch ihre Enthaltungspolitik verzichten. Und zwar handelt es sich nicht nur um den Teil der Unabhängigen, der der entscheidenden Abstimmung im Reichstage fernblieb oder vorher den Soal verließ. Genosse Dittmann gibt in einem Artikel, der durch die unabhängige Presse ging, offen zu, daß auch diejenigen Unabhängigen, die gegen das Vertrauensvotum stimmten (Dittmann selbst gehörte zu ihnen) „gar nicht die Absicht hatten, das Kabinett Wirtz zu kürzen“.

Wir stehen zwar auf dem Standpunkt, daß Klassenkampf und Koalitionspolitik keine Gegensätze sind. Daß der Klassenkampf nicht nur auf der Straße und mit den Waffen in der Hand ausgetragen wird, sondern auch mit anderen Worten; daß es verschiedene Formen des Klassenkampfes gibt, und daß die Koalition mit bürgerlichen Parteien eine solche Form ist. Die Form des Klassenkampfes nämlich, die den heutigen Stärkeverhältnissen entspricht, und in der wir im Augenblick am meisten für die Arbeiterklasse herausholen können. Wir stimmen aber mit der Moskoburger Unabhängigen Volkszeitung überein, daß es nur zur Abklärung beitragen, wenn die Unabhängigen ihre „schlechte verschleierte Koalitionspolitik“ erklären würden.

Alle Entschuldigungen werden damit hinfällig, wie sie 1. Die Dresdener Unabhängige Volkszeitung brint; daß die 14 Genossen durch ihre Enthaltung von der Abstimmung ... nicht abgesehen von der Konsequenzen eines Regierungspolitiques im Augenblick zurückgebracht sind, weil sie überzeugt waren, daß eine Arbeiterregierung nicht zustande zu bringen sei und deshalb eine ausgesprochene Regierung in herbeisehen muß. Es handelt sich gar nicht um die 14 Enthaltenden, sondern darum, daß die gesamte U.S.R.-Fraktion Wirtz gar nicht kürzen wollte. 2. E. bundaus für den Fortbestand der Koalitionsregierung Wirtz ist. Die Parteigenossen im Reich werden suchen, daß ihnen Gelegenheit geboten wird, rechtlich zu klären, ob wir Klassenkampfpolitik oder schlecht verschleierte Koalitionspolitik treiben wollen. Schreibt die Unabhängige Magdeburger Volkszeitung.